

## „Sozialismus auf dem Lande“

Von der Bodenreform zur Zwangskollektivierung:  
Etappen der DDR-Landwirtschaftsentwicklung bis 1961

von Falco Werkentin

*Vor rund 50 Jahren war die Zwangskollektivierung der DDR-Landwirtschaft „vollendet“ worden. Am 25. April 1960 verkündete SED-Parteichef Walter Ulbricht die „Vollgenossenschaftlichkeit“ der ostdeutschen Landwirtschaft. Mehr als eine halbe Million bäuerliche Familienbetriebe hatten binnen weniger Jahre die Verfügungsgewalt über Boden, Gebäude und Inventar verloren und wurden in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften überführt. Was als „Befreiung der Bauern“ und „sozialistischer Frühling auf dem Land“ propagandistisch gefeiert wurde, kam der weitgehenden Auslöschung eigenständiger bäuerlicher Lebens- und Wirtschaftsformen gleich. Die Folgen dieser kommunistischen Agrarpolitik und der durch sie eingeleiteten Industrialisierung der ostdeutschen Landwirtschaft reichen bis in die Gegenwart. – Der folgende Beitrag zeichnet die Etappen dieses Prozesses nach: von der unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eingeleiteten Bodenreform bis hin zur flächendeckenden „Vollkollektivierung“ zu Beginn der 1960er-Jahre. Er schildert die schrittweise Enteignung der Bauern, die damit verbundenen Repressionen und den anfänglichen bäuerlichen Widerstand gegen die Zwangskollektivierung.*

Mit einem Museum im thüringischen Städtchen Mühlhausen erinnerte die DDR an die Bauernkriege, die als Teil des besten revolutionären Erbes der deutschen Geschichte gefeiert wurden. Im Staatswappen war neben dem Hammer als Symbol für die Arbeiterklasse auch ein Ährenkranz als bäuerliches Symbol abgebildet. Die Bodenreform im Herbst 1945 schuf über 200.000 neue bäuerliche Siedlungsstellen; eine 1948 gegründete Bauernpartei trat als politische Interessenvertretung des Bauernstandes auf. Offiziell sprach man von der DDR als dem „Arbeiter- und Bauernstaat“.

- Gleichwohl gaben zehntausende durch die Bodenreform begünstigte Neubauern sehr bald ihre Höfe wieder auf;
- gleichwohl gab es in den Tagen um den 17. Juni 1953 nicht nur in den Industriegebieten, sondern auch im ländlichen Raum der DDR Proteste und Demonstrationen gegen die Regierung;
- gleichwohl flohen seit Gründung der DDR im Oktober 1949 bis zum Bau der Mauer am 13. August 1961 mehrere zehntausend Bauern (1) mit ihren Familien in die Bundesrepublik Deutschland, ohne die Hoffnung haben zu können, sich hier eine neue landwirtschaftliche Existenz schaffen zu können. Schließlich war ihnen

nicht verborgen geblieben, dass auch in Westdeutschland bäuerliche Familienbetriebe bereits einen harten Überlebenskampf führten und ihre Zahl von Jahr zu Jahr abnahm.

Die Gründe sind in der Landwirtschaftspolitik der KPD/SED zu finden, die jenseits der offiziellen Rhetorik darauf abzielte, dem großen Ziel zu dienen: analog zur Entwicklung in den anderen Ländern des sowjetischen Machtbereichs eine sozialistische Gesellschafts- und Staatsordnung zu errichten. Dem waren konkrete agrarpolitische Ziele, vor allem die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität, politisch zunächst nachgeordnet, auch wenn sich damit die Hoffnung verband, dass langfristig eine sozialistische Landwirtschaft sich auch in den Erträgen als erfolgreicher erweisen würde als eine Landwirtschaft auf privatwirtschaftlicher Grundlage.

### „Junkerland in Bauernhand“

*Erste Etappe: Die Bodenreform des Jahres 1945*

Wer konnte schon triftigere Argumente vorbringen, um die Notwendigkeit einer Bodenreform in der Nachkriegs-

zeit anzuzweifeln? Sowohl der Beitrag deutscher Großagrарarier zur Zerstörung der Weimarer Republik als auch die Notwendigkeit, nach Kriegsende Siedlungsflächen für die „Umsiedler“ oder Heimatvertriebenen zu schaffen, begründeten unabweisbar die Notwendigkeit einer Bodenreform. Nicht eine Bodenreform an sich war daher im Sommer 1945 zwischen den politischen Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone (KPD, SPD, CDU und LDPD) strittig, sondern ihr *Zeitpunkt* und die Art und Weise ihrer *Umsetzung*.

Für die weitere Entwicklung ist vor allem interessant, dass neben der SPD auch CDU-Vertreter sich gegen eine zu kleinteilige Parzellierung des Bodenreformlandes in wirtschaftlich nicht überlebensfähigen Größenordnungen von unter fünf Hektar aussprachen und daher die Förderung und den Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens befürworteten. Auch der einzige namhafte Agrarexperte der KPD, Edwin Hoernle, stellte zu jener Zeit die Wirtschaftlichkeit von Kleinparzellen um fünf Hektar ausdrücklich in Frage. Doch die letztlich verbindlichen Vorgaben von sowjetischer Seite, von der KPD exekutiert, führten dazu, dass aus dem Bodenreservoir von knapp 11.400 landwirtschaftlichen Betrieben circa 210.00 Neubauernstellen in Größenordnungen um fünf Hektar gebildet wurden (2). Und soweit Neubauern spontan begannen, ihre Flächen gemeinschaftlich zu bearbeiten, wurden Ansätze kollektiver Landwirtschaft seitens der sowjetischen Militäradministration und der KPD unterbunden.

Ziel dieser kleinteiligen Parzellierung des Bodenreformlandes war es offensichtlich, der KPD (seit April 1946 SED) im ländlichen Raum ein Klientel zu schaffen. Vorgängige Anstrengungen der KPD zur Zeit der Weimarer Republik, sich auch im ländlichen Raum zu verankern, waren vergeblich geblieben. Diese Parzellierung führte dazu, dass 1950 73 Prozent der Betriebe in der DDR landwirtschaftliche Nutzflächen (LNF) zwischen einem und

zehn Hektar mit einer durchschnittlichen Größe von 5,6 Hektar bewirtschafteten. Nicht berücksichtigt sind hier jene weiteren knapp 238.000 Kleinstbetriebe mit Nutzflächen unter einem Hektar aus der Zählung des Jahres 1950 (3) (Tab. 1).

Wie zutreffend die anlässlich der Diskussion um die Bodenreform 1945 formulierten Einwände gegen einen zu kleinflächigen Zuschnitt der Neubauernstellen waren, zeigte sich in den folgenden Jahren vor allem daran, dass gerade Neubauern – trotz aller staatlichen Förderungen – die Landwirtschaft wieder aufgaben. In Zahlen (4):

**Tab. 2: Aufgegebene Neubauernhöfe (1946–52) (4):**

Jahr	Anzahl	Jahr	Anzahl
1946/47	14.552	1950	16.609
1948	10.531	1951	14.250
1949	11.103	1952	13.587

Neben der betriebswirtschaftlich unrentablen Größenordnung der Neubauernstellen kamen weitere Gründe hinzu: die schlechte Ausstattung mit Betriebsmitteln, der Mangel an neu zu errichtenden Wohn- und Betriebsgebäuden trotz eines 1947 begonnenen Bauprogramms für Neubauern, geringe oder keine Erfahrung in der Landwirtschaft und/oder mit der Führung eines Betriebes, Alter, Todesfälle ohne Hofnachfolger aus der Familie und schließlich die zunehmende Möglichkeit, in der Industrie leichtere und besser bezahlte Arbeit zu finden.

Dies, und der sich 1948/49 entwickelnde und zunehmend radikalisierte Kampf der SED gegen Großbauern mit dem Ziel ihrer Enteignung und sozialen Ausschaltung führte mit Stichtag 1. Januar 1951 zu unbewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen in einer Größenordnung

**Tab. 1: Struktur der Landwirtschaft in der DDR im Jahre 1950\***

Betriebe	Betriebe Zahl	%	Fläche ha LNF	%	Durchschnittliche Betriebsgröße (ha LNF)
<b>insgesamt</b>	617.886	–	5.740.362	–	9,3
<b>Kleinbauern (1–10 ha)</b>	451.338	73,0	2.470.855	43,0	5,6
	davon ca. 210.000 Neubauern				
<b>Mittelbauern (10–20 ha)</b>	118.991	19,3	1.674.728	29,2	14,1
<b>Großbauern (20–100 ha)</b>	47.557	7,7	1.594.779	27,8	33,5
<b>Mittel- u. Großbauern (10–100 ha)</b>	166.548	27,0	3.269.507	57,0	
		100,00		100,00	

\* Nur Landwirtschaftsbetriebe mit über 1 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (LNF).

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1956, S. 351 (4)

von rund 172.000 Hektar, davon circa 68 Prozent Bodenreformland (5). Ihre Bewirtschaftung durch angrenzende Volkseigene Güter (VEG) oder örtliche Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) wurde im Sinne einer effektiven Nutzung zunehmend zum Problem und auch die 1951 gebildeten Kreislandwirtschaftsbetriebe (KLB) waren nur ein Notbehelf. Der ökonomisch effektivste Weg war gewiss die Übergabe solcher Flächen an Bauern zur Pacht oder Nutzung. In geringem Umfang wurden entsprechende Flächen in Weideland umgewandelt oder aufgeforstet.

Wenngleich die Bodenreform mithin wirtschaftlich kein Erfolg war (gemessen an den landwirtschaftlichen Erträgen), begünstigte sie doch die langfristigen Ziele der SED: Sie veränderte die Sozialstruktur im Dorf bzw. ländlichen Raum, schwächte die alten dörflichen Eliten und schuf ein neues Landproletariat aus Neubauern, das verzweifelt auf staatliche Hilfe angewiesen war und die Erfahrung gemacht hatte, dass kleinbäuerliche Betriebe nicht überlebensfähig waren. So wuchs im Dorfe politisch nutzbarer Sozialneid der Neu- gegen die wirtschaftlich erfolgreicherer Altbauern. Denn es war aus naheliegenden Gründen in erster Linie ein Verdienst der Altbauern mit ihren mitarbeitenden Familienangehörigen, begründet in ihrer Erfahrung, Ausstattung mit Betriebsmitteln und bäuerlichem Ehrgeiz, dass um 1950 in der Landwirtschaft wieder die Hektarerträge der Vorkriegszeit erreicht wurden (6).

Insoweit war der Boden für die ab Sommer 1952 beginnende Bildung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG) bereits vorbereitet. Es stand im ländlichen Raum ein Potenzial an Menschen bereit, für die der Weg in die LPG nahezu die einzige Chance des Überlebens mit bäuerlicher Tätigkeit war. Zudem war der dem Staat gehörende bzw. von ihm verwaltete Bodenfonds gewachsen und konnte künftigen LPGs zur Bewirtschaftung übergeben werden. Und schließlich war die Widerstandskraft der Altbauern durch die sozialstrukturellen Veränderungen im ländlichen Raum geschwächt – ganz abgesehen von politischen und unmittelbaren (Macht-)Instrumenten der SED.

### **„Klassenkampf auf dem Land“**

*Zweite Etappe: Die Zerschlagung des ländlichen Genossenschaftswesens und der Kampf gegen Großbauern ab 1948/49*

Mit Beginn der Planwirtschaft in der SBZ im Jahre 1948, der Umwandlung der SED in eine „Partei Neuen Typs“ und einer Welle neuer Enteignungen, die jetzt mittelständischen Unternehmen galten, wurde 1948 unübersehbar, dass die SED sich auf den Weg gemacht hatte, Politik und Gesellschaft nach sowjetischem Vorbild umzugestalten.

Im ländlichen Raum verstärkte die SED ihre Anstrengungen, den noch vorhandenen Einfluss der traditionellen ländlichen Eliten zurückzudrängen und durch neue Eliten zu ersetzen. Ein Weg war die Auflösung gewachsener ländlicher Formen genossenschaftlicher Selbsthilfe und Selbstorganisation der Altbauern – zu nennen ist hier z. B. die Zerschlagung traditioneller Tierzuchtverbände und die Vernichtung des Raiffeisen-Genossenschaftssystems im Wege einer ganzen Serie von Schauprozessen. Die neu gegründete Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) war insofern kein Ersatz, als sie vorrangig die Agrar- und Gesellschaftspolitik der SED durchzusetzen hatte (7). Dies hatte seine Parallele in der Auflösung betrieblicher Selbstorganisationen der Arbeiterschaft (den Betriebsräten) und deren Ersetzung durch eingesetzte Betriebsgewerkschaftsleitungen ab 1948. Ob in der Stadt oder auf dem Land: gewachsene Formen autonomer gesellschaftlicher Selbstorganisation standen dem Herrschafts- und Gestaltungsanspruch der SED radikal entgegen und wurden seit 1948 durchgängig zerstört.

Insbesondere der ab 1948 beginnende Kampf gegen sogenannte Großbauern oder „Kulaken“ zeigte, dass die SED (und im Hintergrund die Sowjetunion) in der Agrar- und Gesellschaftspolitik keineswegs Abstand genommen hatte von marxistisch-leninistisch-stalinistischen Grundpositionen (8) in der Agrar- und Gesellschaftspolitik. Dieser Kampf diente dazu, traditionelle Führungsschichten im ländlichen Raum zu verdrängen. Zentrales Instrument wurde die politische Justiz, die mit einer Vielzahl von Wirtschaftsstrafverfahren und Sabotageprozessen Großbauern gesellschaftlich zu diskreditieren versuchte und die Enteignung ihrer Höfe vorantrieb. Vielfältigen Anlass für entsprechende Prozesse bot jenes in der Zeit der NS-Diktatur eingeführte Kriegswirtschaftsregime mit Festpreisen und gestaffelten Anbau- und Ablieferungspflichten. Die SED verlängerte bis Ende der 1950er-Jahre faktisch dieses System, auch wenn sich im Laufe der Jahre die Etiketten veränderten. Verurteilungen nach den Kriegsstrafverordnungen aus der NS-Zeit gab es bis 1948. Befehle der sowjetischen Besatzungsmacht gegen die sogenannte Sabotage der Bauern und die 1948 in Kraft getretene Wirtschaftsstrafverordnung in der SBZ, nach der nun Bauern bei Nichterfüllung ihrer Ablieferungspflichten verurteilt wurden und ihre Höfe verloren, gaben aus der Perspektive der Altbauern der alten Sache wohl nur einen neuen Namen. Steuern und Ablieferungspflichten für Großbauern wurden erhöht, ihr Zugang zu bisher genossenschaftlich (Raiffeisengenossenschaften) organisierten und verwalteten Ressourcen und Vertriebssystemen erschwert bzw. ganz unterbunden. Eine 1950 festgelegte Hektarveranlagung für die Viehhaltung führte zu einer zusätzlichen Belastung der Großbauern, „die traditionell die weniger arbeitsintensive Feldwirtschaft betrieben“ (9).

Tab. 3: Flucht von Bauern 1952/53 (14)

Quartal/Monat	insgesamt	Großbauern	Mittelbauern	Kleinbauern	Neubauern
September 1952	424	106	127	105	86
Oktober	526	247	102	91	86
November	643	295	96	101	151
Dezember	737	300	120	108	209
Januar 1953	1.089	514	175	193	207
Februar	1.955	1.053	305	272	325
März	2.641	1.463	421	372	385
April	1.945	1.055	324	303	263
Mai	1.408	727	257	251	173
Juni	2.038	1.061	393	333	251
Juli	281	89	73	52	67
Sept.1952–Juli 1953:	13.687	6.910	2.393	2.181	2.203

Tab. 4: Enteignungen in der Landwirtschaft der DDR im Jahr 1953\*

Monat 1953	nach I		nach II		insgesamt	
	Betriebe	ha LNF	Betriebe	ha LNF	Betriebe	ha LNF
31. März	6.518	208.320	7.281	234.473	13.799	442.793
30. April	7.986	252.949	10.094	287.083	18.080	540.032
31. Mai	10.390	305.443	12.383	338.115	22.773	643.558
31. Juli	10.801	319.150	12.925	358.287	23.726	677.437
31. August	10.050	315.951	13.471	369.460	23.521	685.411
30. September	10.003	314.505	13.873	374.650	23.876	689.155
31. Oktober	10.010	314.617	13.994	379.969	24.004	694.586
31. Dezember	10.146	317.790	14.065	380.190	24.211	697.980

\*Die Enteignungen erfolgten nach (I) der „Verordnung der Regierung der DDR zur Sicherung von Vermögenswerten vom 17. Juli 1952“ sowie (II) der „Verordnung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Versorgung der Bevölkerung vom 19. Februar 1953“.

Quelle: Bundesarchiv-Bereich Potsdam, K-1, 9067, 885, 1661 (4)

Schließlich wurde im April 1948 auf Weisung der Besatzungsmacht eine Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) als Transmissionsriemen der SED-Politik im ländlichen Raum gegründet. Ihr Vorsitzender (Ernst Goldenbaum) und weitere leitende Kader kamen aus den Reihen der SED (10).

Die massiven Veränderungen der sozialen Struktur im ländlichen Raum (unmittelbar eine Folge des Krieges, aber auch bewusst weitergetrieben) sind deshalb von großer Bedeutung, weil aus der Widerstandsforschung bekannt ist, dass zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Widerstandsfähigkeit die Existenz langjährig gewachsener traditioneller Gruppen- und Sozialbeziehungen zählt – sei es auf Grundlage kollektiver Interessen, sei es auf Grundlage religiöser oder sonstiger Traditionen. Die durchgreifende Veränderung der Bevölkerung im ländlichen Raum der SBZ/DDR in ihren frühen Jahren (allein im agrarisch geprägten Mecklenburg-Vorpommern *verdoppelte* sich der „Besatz“ mit Menschen infolge der Um-

siedler oder Heimatvertriebenen nach 1945) hatte für den sozialen Zusammenhalt auf dem Lande und für die Fähigkeit zum Widerstand gegen die Agrar- bzw. Gesellschaftspolitik der SED deutlich negative Auswirkungen, zumal die Bindung des Bauern an den eigenen Boden und die unabweisbaren täglichen Erfordernisse der Feld- und Viehwirtschaft als Existenzvoraussetzung und -bedingung des bäuerlichen Familienbetriebes die Möglichkeiten bäuerlichen Widerstands zusätzlich massiv einschränkten.

### „Der Bauer ist weg – das Land bleibt hier“

*Dritte Etappe: Enteignung und Flucht der Bauern 1952/53*

Wenige Tage vor Beginn der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952, auf der SED-Chef Walter Ulbricht den „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus mit dem Staat als Hauptinstrument“ verkündete, hatte die SED Emissäre

aufs Land geschickt, um Neubauern aufzufordern, die Gründung von LPGs zu beantragen. Auf der Parteikonferenz selbst wurde nun erklärt, dass sich die Partei dem drängenden Wunsch der Bauern nach Bildung von LPGs anschließe. Zu den Kuriositäten bei der Gründung von LPGs zählt, dass noch wenige Monate zuvor eine im später berühmt werdenden thüringischen Dorfe Merxleben gegründete „Liefergemeinschaft“ von Neubauern auf Weisung der Partei wieder aufgelöst werden musste (11).

Waren die ersten LPG-Gründungen noch freiwillig (wenngleich massiv von staatlicher Seite unterstützt), so wurde seit der 10. Tagung des ZK der SED am 20. November 1952 der „Klassenkampf auf dem Lande“, so der SED-Sprachgebrauch, zur Ausweitung und Absicherung der Kollektivierung forciert. Um die Bataillone der Partei für den Klassenkampf auf dem Lande zu stärken und die Sozialstruktur im Dorf zu Lasten der Altbauern weiter zu verändern, erteilte das Sekretariat der SED im April 1953 die Anweisung, bis Jahresende 1953 etwa 4.000 Arbeiter auf das Land zu entsenden, die die LPGs und Maschinen-Traktorenstationen (MTS) stärken und „gegen alle reaktionären und feindlichen Elemente auf dem Dorf einen entschiedenen Kampf“ führen sollten (12). Über den Beitrag der Justiz zum Klassenkampf auf dem Lande geben die folgenden Zahlen Auskunft. Sie sind einem Bericht der Abteilung Staatliche Verwaltung des Zentralkomitees der SED vom April 1953 entnommen:

*„In der Zeit vom 1.8.1952 bis 31.1.1953 wurden in der Republik  
gegen Großbauern 583 Verfahren,  
Mittelbauern 311 Verfahren,  
Kleinbauern 353 Verfahren durchgeführt.“ (13)*

Diesen Prozessen, in denen Urteile bis zu zehn Jahren Haft ausgesprochen wurden, konnten sich die Bauern nur durch die Flucht entziehen (Tab. 3).

Auffällig ist, dass nicht nur Großbauern in die Flucht getrieben wurden, sondern auch viele Neu-, Klein- und Mittelbauern sich offensichtlich durch die Agrarpolitik der SED bedroht sahen und flohen. Bitter spotteten Bauern: „Wir gründen eine LPG Typ vier: der Bauer ist weg, das Land bleibt hier“ (15). Die Zahl der nicht mehr bewirtschafteten Höfe und landwirtschaftlichen Flächen nahm dramatisch zu. Sie kamen in staatliche Verwaltung und umfassten zum Stichtag 30. April 1953 rund 556.000 Hektar (16). Dementsprechend verschlechterte sich die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.

Großbauern wurde nicht einmal zugestanden, „freiwillig“ LPG-Mitglieder zu werden. Ziel war es, sie als sozialen Stand in Gänze zu vernichten. Es sollte ihnen bestenfalls erlaubt werden, so legte es ein Beschluss des Politbüros der SED vom 3. März 1953 fest, ihren Hof „freiwillig“ dem Staat anzubieten. Und „nur in besonderen

Fällen“, so hieß es in dem Beschluss, sollte es es ihnen gestattet werden, auf sechs Hektar als Kleinbauern ihre bäuerliche Existenz fortzuführen (17).

Das Ergebnis dieses Bauernlegens schlägt sich statistisch in folgender Tabelle nieder (Tab. 4).

Die Radikalisierung der Enteignungspraxis im Frühjahr 1953 zeigt sich unter anderem darin, dass allein im April und Mai 1953 knapp 9.000 Betriebe enteignet wurden. Und trotz des in Folge des 17. Juni 1953 den Bauern angebotenen Burgfriedens kam es bis Dezember 1953 zu weiteren Enteignungen, wenngleich nun in geringerem Umfang.

Begleitet wurde die Entwicklung seit der 2. Parteikonferenz von einem massiven Kirchenkampf, von planmäßigen Aktionen zur Enteignung des Mittelstandes und einer deutlichen Verschlechterung der Versorgungslage. Als die SED schließlich auch noch Preiserhöhungen für Waren des täglichen Verbrauchs durchsetzte und Lohnkürzungen (Normerhöhungen) verlangte, die einen Angriff auf den Besitzstand der Arbeiterklasse waren, löste sie den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 aus (18). Er beschränkte sich keineswegs auf industrielle Ballungsgebiete, sondern fand auch in den Dörfern und dem ländlichen Raum breite Unterstützung. Es erwies sich in den Tagen um den 17. Juni, dass die bisherige Klientelbildung in den Dörfern die Macht der SED im ländlichen Raum doch nicht so erfolgreich wie erhofft stabilisiert hatte und dass die Zerstörung traditioneller dörflicher Beziehungsgeflechte bisher auf Grenzen gestoßen war (19).

### **„Damit ist die Befreiung der Bauern beendet“**

*Finale: Die Vollkollektivierung im Frühjahr 1960*

Im Umfeld des 17. Juni 1953 lösten sich über zehn Prozent der LPGs wieder auf; die SED bot den Bauern einen Burgfrieden an. Enteignete und in die Bundesrepublik geflohene Bauern erhielten das Angebot, ihre Höfe wieder zu übernehmen. Doch nur wenige trauten dem Frieden, deutlich weniger als zehn Prozent stellten entsprechende Anträge.

Kurzzeitig verfolgte die SED das Ziel, bestehende Genossenschaften zu konsolidieren und mit „weichen“ Methoden die Gründung neuer Genossenschaften zu befördern. Wie begründet das Misstrauen jener Bauern war, die nicht darauf eingegangen waren, ihre zuvor enteigneten Höfe wieder zu übernehmen, zeigte sich spätestens seit dem V. Parteitag der SED im Juli 1958. Nun wurde erneut der forcierte Aufbau des Sozialismus in der DDR propagiert und das Ziel verkündet, bis 1961 Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch an Lebensmitteln und anderen Gütern zu überholen. Anders als nach der 2. Parteikonferenz, als die SED an allen gesellschaftlichen Fronten den Kampf führte, um eine widerstrebende Gesellschaft in

den Sozialismus zu zwingen (Bauern, der mittelständische Handel, Handwerk und sonstige Gewerbebetriebe), konzentrierte die Partei nun ihre Kräfte auf den ländlichen Bereich. Dem waren parteiinterne Auseinandersetzungen über die „richtige Linie“ vorangegangen, in deren Verlauf der bekannteste Landwirtschaftsexperte der Partei, Kurt Vieweg, der sich für ein längerfristiges Nebeneinander von bäuerlichen Familienbetrieben und LPGs eingesetzt hatte, inhaftiert und zu einer Zuchthausstrafe verurteilt wurde.

Bis 1958/59 hatte die SED nach dem Debakel der ersten Kollektivierungsphase eine Doppelstrategie verfolgt: einerseits die weitere Förderung der Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, andererseits aber auch die Begünstigung mittelbäuerlicher Betriebe, um die Großbauern im Dorf weiter zu marginalisieren. So erstarkten die Mittelbauern wirtschaftlich und sahen – als ungewollter Effekt ihrer Förderung – erst recht keinen Anlass, die Selbstständigkeit aufzugeben und in Produktionsgenossenschaften einzutreten. Wie in der ersten Phase der Kollektivierung ab Sommer 1952 waren es auch in den Jahren bis zu Beginn der Vollkollektivierung 1960 vor allem Neu- und Kleinbauern, die für die Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften gewonnen werden konnten.

Noch im Vorfeld der Vollkollektivierung griff die Partei zu ihren alten Methoden, um bisher erfolgreichen bäuerlichen Betrieben die Erfüllung ihrer Ablieferungspflichten möglichst unmöglich zu machen, um anschließend die Betriebsinhaber wegen Nichterfüllung des Ablieferungssolls vor die Alternative zu stellen „Zuchthaus oder LPG-Eintritt“. Hier muss ein Beispiel genügen:

Im Januar 1958 meldete die Staatssicherheit der Sicherheitsabteilung des ZK der SED eine zehnpromtente Zunahme des Bestandes an Traktoren bei Einzelbauern innerhalb eines Jahres. Die Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) hatten als Folge einer Typenbereinigung zahlreiche brauchbare Traktoren abgestoßen, die von Einzelbauern aufgekauft worden waren. Zudem hatten Autoschlossereien verschrottete Traktoren wieder fahrtüchtig gemacht und diese an Einzelbauern verkauft, denen der Kauf neuer Traktoren inzwischen verwehrt war. Daraufhin wurden auf Initiative des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) diese Traktoren von der Volkspolizei „wegen unbehebbarer technischer Mängel“ wieder eingezogen und nebenbei Bauern die Fahrerlaubnis entzogen (20). Nach Abschluss der Zwangskollektivierung erteilte die SED die Anweisung, diese stillgelegten Traktoren zu reaktivieren und entzogene Fahrerlaubnisse wieder zu erteilen, da die neu geschaffenen Produktionsgenossenschaften nicht hinreichend mit Traktoren und Traktoristen ausgestattet werden konnten (21). Es wiederholte sich mithin die alte Praxis aus den Jahren bis zum 17. Juni 1953: Das Regime entzog Bauern die materiellen Voraus-

setzungen einer erfolgreichen selbstständigen Existenz, um dann die Folgen dieser Praxis als Verbrechen auszugeben und mit Haftstrafen ahnden zu können. Der Erfolg dieser neuen Kampagne schlug sich unmittelbar im erneuten Anstieg der Republikflucht ab 1959 und der Zahl der sogenannten Staatsverbrechen auf dem Lande nieder.

„Gefördert“ wurde im ländlichen Raum seit 1952/53 nicht nur der Aufbau der LPGs, sondern auch der Ausbau der Sicherheitsapparate Volkspolizei und Staatssicherheit. Zum einen wurde ein System von Abschnittsbevollmächtigten (ABV) der Polizei in den Dörfern installiert, zum anderen richtete sich das MfS, das zuvor im ländlichen Raum nahezu nicht vertreten war, verstärkt auf den ländlichen Raum aus. Auf diese Weise besser als 1952/53 vorbereitet, schritt die Partei im Frühjahr 1960 zur endgültigen Liquidierung des auf Grundbesitz beruhenden und an traditionellen Wert- und Gesellschaftsvorstellungen orientierten bäuerlichen Familienbetriebes. „Ende des Jahres 1959 hatten die Produktionsgenossenschaften 43,5 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaftet, mehr als die Hälfte der Fläche musste also noch kollektiviert werden ...“ (22).

Die „Vollgenossenschaftlichkeit“ wurde im Frühjahr 1960 innerhalb weniger Monate vollstreckt. Bereits am 4. März 1960 meldete der Bezirk Rostock den Abschluss der Entwicklung. Wenige Wochen später, am 25. April, verkündete Walter Ulbricht in der Volkskammer den Abschluss der „Bauernbefreiung“ in der DDR.

Mehr als 100.000 Agitatoren, überwiegend SED-Genossen, wurden in die Dörfer geschickt, um Höfe tagelang zu belagern, bis Bauern ihren LPG-Eintritt erklärten; gelegentlich marschierten Einheiten der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ ins Dorf, um dem freiwilligen Eintritt Nachdruck zu verschaffen. MfS, Justiz und die Volkspolizei bildeten Operativstäbe und setzten ihr repressives Instrumentarium ein, um trotzige Bauern vom Eintritt zu überzeugen. Wer um keinen Preis Mitglied werden wollte, floh in die Bundesrepublik, in Einzelfällen in den Freitod.

Einem Bericht des Operativstabes der Volkspolizei vom 5. Juli 1960 über die Republikflucht in der Landwirtschaft ist folgende Gruppenverteilung zu entnehmen (23):

<i>„Von 5.257 Fällen entfallen auf</i>	
<i>Mitglieder der LPG</i>	2.847
<i>Arbeiter und Angestellte</i>	
<i>Volkseigener Güter und LPG</i>	1.108
<i>Arbeiter und Angestellte von MTS</i>	392
<i>Gärtner und Obstbauern</i>	284
<i>Angehörige der Intelligenz in der Landwirtschaft</i>	84
<i>Werktätige Einzelbauern</i>	491
<i>Großbauern</i>	51“

Diese Aufgliederung vermittelt insofern ein falsches Bild, als Einzelbauern, die in der Phase der abschließenden

Zwangskollektivierung ihre Unterschrift zum LPG-Eintritt geleistet hatten und anschließend flüchteten, in dieser Statistik als LPG-Mitglieder geführt sind.

Hinzuzufügen ist, dass mit den hier aufgeführten Personen im Regelfall auch die Familienangehörigen (Frauen und Kinder) flohen, so dass die Zahl der Flüchtigen weit aus höher liegt. Und auffällig ist schließlich, dass nicht nur viele Bauern den einzigen Ausweg in der Flucht sahen, sondern auch Arbeiter und Angestellte der volkseigenen Güter und der Maschinen-Traktorenstationen (MTS) sowie Tierärzte und Agronomen.

Wer als in die LPG gepresster Bauer im Lande blieb, wehrte und rächte sich in vielfältiger Weise. Zu verzeichnen war ein plötzlich massiver Anstieg der Brände in der Landwirtschaft. Es kam zu dramatischen Ernteaufschlägen und einem bisher unbekanntem Ausmaß an verendeten Rindern und Schweinen. So bekam auch die DDR-Bevölkerung die Folgen der Zwangskollektivierung unmittelbar zu spüren. Erneut musste die SED die Sowjetunion um die Lieferung landwirtschaftlicher Produkte ersuchen. Kaum waren die Lebensmittelkarten 1959 abgeschafft worden, war die DDR gezwungen, für manche landwirtschaftlichen Produkte, vor allem Butter, zeitweilig wieder ein Bezugssystem einzuführen.

### **„Unser Land habt ihr – aber uns habt ihr noch lange nicht“**

#### *Nachwehen der Kollektivierung*

Zeichen des Widerstands gegen die Kollektivierung zeigten sich weiter und verschwanden zunächst auch nicht, als mit dem Mauerbau am 13. August 1961 die gesamte DDR zum Internierungslager wurde, der Weg in die Bundesrepublik endgültig versperrt oder nur noch unter Todesrisiken zu gehen war. „Unser Land habt ihr – aber uns habt ihr noch lange nicht“, so lautete eine gängige Äußerung kollektivierter Bauern (24).

Noch bis in die ersten 1960er-Jahre kam es zu LPG-Auflösungen oder massenhaften Austrittserklärungen. Unter Bauern machte sich die Acht-Stunden-Tag-Mentalität breit, so die Klage in den Überlieferungen der ZK-Abteilung für Landwirtschaftsfragen. Der faktisch landlos gemachte Bauer griff zu Kampfsmitteln der Arbeiterklasse: Er streikte, er beanspruchte eine geregelte Arbeitszeit unabhängig von den Erfordernissen der Feldbestellung, der Ernte und der Viehversorgung. Mitten in der Hochzeit der Ernte machten LPG-Bauern Betriebsausflüge.

Anders gesagt: Die Altbauern hatten von den auf das Land geschickten Industriearbeitern deren Kampfsmittel und soziale Ansprüche entdeckt. Und so folgten sie in manchen Orten konsequenterweise nicht mehr den Einladungen der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe

(VdgB) und erklärten, als Arbeiter nun die Mitgliedschaft im sogenannten Freien Deutschen Gewerkschaftsbund beantragen zu wollen.

Die SED reagierte mit aller Härte. Bauern, die sich der kollektiven Bewirtschaftung ihrer Felder widersetzen, kamen wegen „Arbeitsscheu“ auf Grundlage der im September 1961 verabschiedeten „Verordnung über die Aufenthaltsbestimmung“ in neu geschaffene Arbeitslager. Gegen „Rädelsführer“, die für LPG-Austritte verantwortlich gemacht wurden, sprach die Justiz langjährige Haftstrafen aus. Zur „Festigung“ der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften schreckte das Politbüro der SED 1961 nicht davor zurück, Todesurteile anzuweisen, um den Widerstand im ländlichen Raum zu brechen. In einem Fall wurden unter einem Vorwand zwei Bauern, die zusammen mit anderen Bauern ihrer Ortschaft im Sommer 1961 die LPG wieder verlassen hatten, zum Tode verurteilt und hingerichtet (25). In zwei weiteren Fällen reagierte die SED-Justiz, gleichfalls vom Politbüro angewiesen, auf Brandstiftungen im ländlichen Raum mit Todesurteilen (26).

Langfristig war bäuerlicher Widerstand allerdings unter den Bedingungen der Mauer und der brutalen staatlichen Reaktionen nicht durchzuhalten. Und gewiss hatte die Parteiführung auch gelernt, dass Zwangsmaßnahmen allein nicht ausreichten, um die Landwirtschaft zu konsolidieren und im Wege der Industrialisierung die Erträge zu steigern und Produktionskosten zu senken.

Schritte auf diesem Wege waren die Fusionierung der vielen 1960 gebildeten Kleinst-LPGs zu größeren Einheiten, die Abschaffung des Systems der Pflichtablieferungen, an deren Stelle einheitliche Agrarpreise traten, erhöhte materielle Anreize zur effektiveren Arbeit, umfangreiche Sozialleistungen, die weitere Gewährung einer begrenzten individuellen Hauswirtschaft und die bessere Ausstattung und Versorgung der Dörfer. Der eingeschlagene Weg führte zu Erfolgen: Die Landwirtschaft und damit auch die Versorgungslage konsolidierten sich (27).

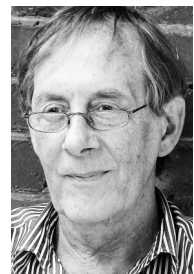
#### **Anmerkungen**

- (1) Es flohen nicht nur Bauern, sondern auch Angehörige der „ländlichen Intelligenz“ wie Tierärzte, Agronomen etc.
- (2) Einen knappen Überblick zu den Auseinandersetzungen um die Bodenreform liefert Friederike Sattler: Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem des zentralen Parteiapparates der KPD 1945/46. In: Manfred Wilke (Hrsg.): Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Berlin 1998, S. 119–212; zur Bodenreform siehe S. 143–166. Grundlegend der Sammelband von Arnd Bauerkämper (Hrsg.): Junkerland in Bauernhand?. Stuttgart 1996.
- (3) Wenn von über 800.000 Bauern bzw. landwirtschaftlichen Betrieben gesprochen wird, die in der DDR bis 1960 zwangskollektiviert wurden, so ist das eine Größenordnung, die sich mehr an propagandistischen Interessen orientiert denn an realen Sachverhalten. Diese Zahl aus der Landwirtschaftsstatistik der DDR für das Jahr

- 1950 enthält knapp 240.000 Kleinstbetriebe mit Flächen unter einem Hektar. Diese Kleinstbetriebe dem Bauernstand zuzuordnen ist äußerst fragwürdig.
- (4) Angaben aus Wolfgang Bell: Enteignungen in der Landwirtschaft der DDR nach 1945 und ihre politischen Hintergründe. Münster 1992, S. 16.
- (5) Angaben aus Christel Nehrig: Der Umgang mit den unbewirtschafteten Flächen in der DDR. In: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 51 (2003), Heft 2, S. 36.
- (6) Nachweis bei Bell (siehe Anm. 4), Tabelle 3, S. 12.
- (7) Vgl. Jens Schöne: Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen der SBZ/DDR 1945–1950/51. In: Ulrich Kluge, Winfried Halder und Katja Schlenker (Hrsg.): Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Stuttgart 2001, S. 157–176.
- (8) Zu den ideologischen Grundlagen siehe Jens Schöne: Frühling auf dem Lande – Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft. Berlin 2005, S. 50–54.
- (9) Christel Nehrig (siehe Anm. 5), S. 39.
- (10) Siehe Theresia Bauer: Die Gründung der DBD. In: Damian van Melis (Hrsg.): Sozialismus auf dem platten Land: Tradition und Transformation in Mecklenburg-Vorpommern von 1945 bis 1952. Schwerin 1999, S. 281 ff.
- (11) Siehe Barbara Schier: Die Ablieferungsgemeinschaft der Merxlebener Neubauern als Klassenkampfinstrument? In: Kluge et al. (siehe Anm. 7), S. 213–228.
- (12) Beschluss des Sekretariats des ZK der SED vom 23. April 1950. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. IV, Berlin 1954, S. 355–360.
- (13) Bericht über die Tätigkeit der Justizorgane im Kampf gegen feindliche Tätigkeit, Berlin, 8. April 1953, BArch SAPMO DY 30 IV 2/13/409.
- (14) Zusammenge stellt aus diversen Angaben in: BArch DO 1/11/961 und /962.
- (15) Seit 1952 gab es in der DDR drei unterschiedliche LPG-Typen: In Typ I wurden nur die Ackerflächen gemeinsam bewirtschaftet; in Typ II brachten die Bauern auch Zugtiere, Maschinen und Geräte zur Bodenbearbeitung in die LPG mit ein; in Typ III wurden nicht nur die gesamte Fläche und alle Gerätschaften eingebracht, sondern auch das Vieh. Formalrechtlich blieb der Boden Eigentum der Bauern, doch konnten sie nicht mehr über den Boden verfügen.
- (16) Angaben aus Nehrig (siehe Anm. 5), S. 34–44.
- (17) Beschluss des Politbüros vom 30. März 1953, BArch SAPMO DY30 J IV/2/2/265.
- (18) Vgl. Falco Werkentin: Der totale soziale Krieg – Auswirkungen der 2. Parteikonferenz im Juli 1952. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2002. Berlin 2002, S. 23–54.
- (19) Eine Auflistung der Orte im ländlichen Raum, an denen es in den Tagen um den 17. Juni zu Unruhen und Demonstrationen kam, ist zu finden in Ilko Sascha Kowalczuk: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Bremen 2003.
- (20) MfS, Berlin, 9. Januar 1958, an ZK, Genosse Boring, Betr.: Überprüfung verschiedener Betriebsstörungen im Braunkohlenwerk VEB Golba, BArch SAPMO DY 30 IV 2/12/110.
- (21) Vgl. den Arbeitshinweis Nr. 4/60 der Volkspolizei vom 6. April 1960, BArch DP 01/11/0.
- (22) Jens Schöne: Das sozialistische Dorf – Bodenreform und Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetzone und DDR. Leipzig 2008, S. 130.
- (23) HVDVP, Operativstab, Berlin: Bericht über die Lage in der Landwirtschaft im 1. Halbjahr 1960, 5. Juli 1960, BArch DP 0/1711/0/1146.
- (24) Als Äußerung kollektivierter Bauern festgehalten in „Zu den ideologischen Problemen im Bezirk Schwerin“, 13. Juni 1961, BArch SAPMO DY 30 IV/2/7/397.
- (25) Siehe „Gestern Schlußlicht – heute an der Spitze“. In: Neues Deutschland, 14. Januar 1962, S. 3A. Dass die Todesurteile auf direkte Weisung des Politbüros der SED ausgesprochen wurden, verschwieg die Zeitung.
- (26) Die entsprechen Beschlüsse sind zu finden in den Protokollen des Politbüros vom 5. und 12. Dezember 1961; wie üblich, wurden bindende Festlegungen des Politbüros als „Kenntnisnahme“ von Entscheidungen der Justiz kaschiert; BArch SAPMO DY 30 IV/2/2/A 866 und A 867.
- (27) Vgl. den Überblick zur Entwicklung der Landwirtschaft nach 1961 von Jens Schöne (siehe Anm. 22), S. 142–161.

#### Autor

Dr. Falco Werkentin, flüchtete 1961 aus der DDR nach Westberlin und studierte dort Soziologie. Danach diverse Forschungsvorhaben und Lehraufträge im Bereich Kriminalsoziologie und innere Sicherheit. Von 1993 bis 2007 Mitarbeiter des Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.



*Dr. Falco Werkentin*

Augustastr. 4  
12203 Berlin

E-Mail: falcowerkentin@arcor.de